

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 38 (2011)
Heft: 4: Parlamentswahlen 2011

Artikel: Politik als Beruf : der langsame Abschied von der Feierabend-Politik
Autor: Lettau, Marc
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909604>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der langsame Abschied von der Feierabend-Politik

In der schweizerischen Politik ist der Milizgedanke tief verankert. Das Bild von Politikern, die sich – neben ihrem angestammten Beruf – in den Dienst der Öffentlichkeit stellen, ist prägend. Doch besonders auf nationaler Ebene sind Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker zu seltenen Exoten geworden. Sogar in den Gemeinden, wo Bürgernähe besonders wichtig ist, werden sie rarer. Die schweizerische Milizdemokratie ist im Begriff, zum Mythos zu werden.

Von Marc Lettau

Nationale Wahlen stehen vor der Tür, omnipräsent empfehlen sich Politikerinnen und Politiker jeglicher Couleur für die höchsten legislativen Aufgaben der Schweiz. Die Demokratie typisch schweizerischer Prägung kann man sich zunächst etwa so vorstellen: Hinten im Saal stehen im Glaskasten die Trophäen des Schützenvereins; vorne im Saal referiert der Gemeinderat; und die rund fünfzig Bürgerinnen und Bürger, die der gerade stattfindenden Gemeindeversammlung beiwohnen, hören aufmerksam zu. Sie nicken die Traktanden ab, manche erst nach kritischen Rückfragen. Die neue Organisation des Schulwesens erhält Applaus; die Hundesteuer wird erhöht; Investitionen für die Schneeräumung werden beschlossen; an die Renovation der Buvette des Fussballvereins werden 10 000 Franken beigesteuert, denn schliesslich sei der FC «die wichtigste soziale Institution im Dorf»; zähneknirschend abgesegnet wird der Solidaritätsbeitrag an die kulturellen Institutionen in der Kantonshauptstadt.

Der Gemeinderat vorne im Saal ist erleichtert über die Zustimmung «des Volkes». Allerdings ist auch er selber Teil «des Volkes». Kein einziges Mitglied der Gemeinderegierung hat eine Kaderschmiede für politische Führungskräfte durchlaufen. Sie sind alle in den verschiedensten Berufen tätig – und geben ihre Freizeit für ein politisches Mandat her und opfern manchen Feierabend für die politische Kleinarbeit abseits des Rampenlichts. Die finanzielle Entschädigung dafür ist in aller Regel bescheiden. Am Ende der Legislatur gibts allenfalls zusätzlich eine Flasche anständigen Roten – und einen Blumenstraus für die wegen der

Politik vernachlässigten Lebenspartnerinnen oder -partner.

In Gemeinden die Regel

In den rund 2800 Gemeinden der Schweiz, also dort, wo Politik den Alltag der Menschen am unmittelbarsten trifft und deren Kontakt mit dem Staat am direktesten ist, ist Milizpolitik die Regel. 94 Prozent der Frauen und Männer, die einer Gemeinderregierung angehören, sind reine Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker. Sie sind – quasi als Freizeit- und Feierabendbeschäftigung – für rund einen Drittel der gesamten in der Schweiz erbrachten staatlichen Leistungen politisch verantwortlich. Auch vier von fünf Gemeindepräsidenten sind

«Milizler» – Männer und Frauen, die ihre Erfahrungen aus dem normalen beruflichen und familiären Alltag schöpfen. Erst in Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern können die Mitglieder der lokalen Regierung mit regulären Arbeitspensen und anständigen Gehältern rechnen. Doch im Durchschnitt zählen die Gemeinden weniger als 1200 Einwohner – und entsprechend stark prägt das Milizsystem das Selbstbild schweizerischer Politik: Milizpolitiker gelten als bürgernah, nicht einfach ihrem Parteibuch verpflichtet, sondern auf Konsens bedacht.

Zum Beispiel: Walter Zürcher, Merlach

Einer, der ein schier idealtypisches Bild des schweizerischen Milizpolitiklers abgibt, ist Walter Zürcher, Gemeindeammann der freiburgischen Gemeinde Merlach. Seit 35 Jahren sitzt Zürcher in der Gemeinderregierung. Er wolle da wirken, wo er auch

aufgewachsen sei, sagt er. In die Politik «hineingerutscht» sei er als «junger Schnurderhung» und das, obwohl er gar nie einer Partei beigetreten sei. Für Zürcher, inzwischen im Pensionsalter, ist Politik kein Hilfsmittel für persönliche Höhenflüge. Er sagt's fast entschuldigend: Zu «höheren politischen Weihen» habe es ihn nie hingezogen; fürs kantonale Parlament habe er nie kandidieren wollen; den Traum, Nationalrat zu werden, habe er nie geträumt. Er beschränke sich darauf, «menschlich zu bleiben, den Bürgern Gehör zu schenken, sie zu verstehen». Zufrieden ist der Gemeindeammann, weil in Merlach im Schnitt zwanzig Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Gemeindeversammlung besuchen. Das ist vergleichsweise viel. Eine Bestätigung ist für ihn zudem, dass die Leute nach den Gemeindeversammlungen bei Wein und Häppchen weiterdebattierten, «und diese Gespräche dauern oft länger als die ganze Versammlung».

Ein Eid in der «schönen Jahreszeit»

Zürcher kommt dem Typus des «modernen Politiklers», wie ihn sich die Gründerväter der neuzeitlichen Schweiz vorgestellt hatten, sehr nahe. Mit der de facto von Frankreich aufoktroierten Helvetischen Verfassung (1798) wurde nämlich der Milizgedanke definitiv von der militärischen Wehrpflicht auf die Politik ausgedehnt. Laut Verfassung war jeder Bürger wehrpflichtig – «ein geborner Soldat des Vaterlandes». Darüber hinaus hatte jeder Volljährige in der «schönen Jahreszeit» und unter Beisein «von Eltern und Obrigkeit» den Eid abzulegen, «seinem Vaterland zu dienen und der Sache der Freiheit und Gleichheit als ein guter und getreuer Bürger, mit aller Pünktlichkeit und allem Eifer so er vermag und mit einem gerechten Hass gegen Zügellosigkeit anzuhalten». So kurz die Helvetik auch dauerte: Die

Auswirkungen auf weitere Ausgestaltung der modernen Schweiz sind unübersehbar. Wichtige Staatsstellen für eine bestimmte Amtsdauer einzelnen Bürgern zu übertragen, wurde zur Regel: eine Absage an ein Staatswesen, in dem einer Verwaltungskaste entsprungene Magistraten das Sagen haben.

Der Glanz verblasst

Die Milizdemokratie ist aber bedrängt. Auf allen Stufen des Staates – Gemeinden, Kantone und Bund – sind die zu lösenden Aufgaben nicht nur viel zahlreicher, sondern zugleich viel komplexer geworden. Weitgehend globale Themen wie die Flüchtlingsmigration, der Klimawandel und die Energiepolitik in der Nach-Fukushima-Zeit wirken sich bis auf die unterste Stufe des Staates aus. Gleichzeitig zeigen Bürgerinnen und Bürger eine viel stärkere Erwartungshaltung. Wer «nebenbei» politisiert, kann die Erwartungen oft nicht mehr erfüllen. Die Folge ist ein stetiger Umbau der politischen Landschaft. Gemeinden werden zusammengelegt, werden grösser. Zudem verkleinern die Gemeinden die Grösse ihrer Regierungen. Beides zieht professionellere Strukturen nach sich. Das auffälligste Beispiel

liefert der Kanton Glarus. Letztes Jahr zählte er noch 25 Gemeinden. Heute sind es nur noch deren drei.

Reto Steiner, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bern, geht davon aus, dass in den nächsten Jahren Hunderte von Gemeinden verschwinden werden. Vielleicht wird sich auf Dauer nicht einmal die malerische Tessiner Gemeinde Corippo dem Sog entziehen können: Das Hangdorf im Verzascatal ist die kleinste Schweizer Gemeinde überhaupt, zählt 18 Einwohner – und jeder Erwachsene sitzt entweder im Gemeinderat oder in einer Kommission. An sich ist dies Milizdemokratie in ihrer konsequentesten Form.

Vollzeitpolitiker in Bundesbern

Viel stärker als in den Gemeinden ist die Milizdemokratie auf kantonale und nationale Ebene bedrängt. Neuere Untersuchungen zeigen, dass der Milizgedanke in der Politik zwar gerne und oft zitiert wird, aber an Bedeutung verliert. Der «echte Milizpoliti-

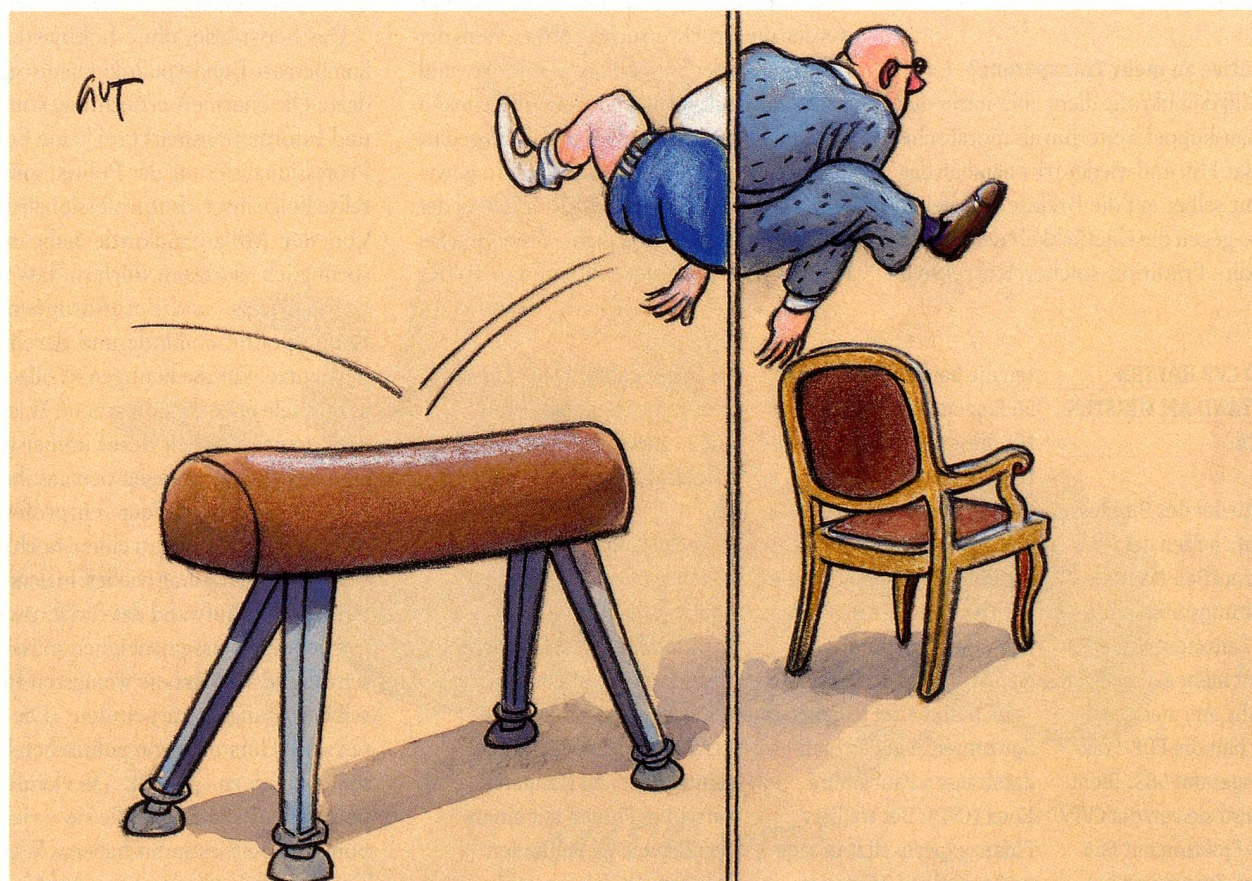
ker» ist in Bundesbern faktisch ein exotisches Wesen: In der kleinen Kammer, dem Ständerat, gelten ausnahmslos alle Politikerinnen und Politiker als Berufspolitiker. Geht sie neben ihrem politischen Mandat überhaupt noch einer anderen bezahlten Beschäftigung nach, dann hat diese in aller Regel einen direkten Bezug zum politischen Mandat. Im Nationalrat, der grossen Kammer, ist das Bild ähnlich. Letztes Jahr

wies eine vom Nationalfonds unterstützte Studie nach, dass Nationalrätinnen und -räte im Mittel 57 Prozent ihrer Arbeitszeit fürs politische Mandat aufwenden. Will heissen: Auch für Nationalrätinnen und -räte ist die Politik Hauptberuf. Nur noch bei rund zehn Prozent aller Mitglieder des Nationalrats erachten die Forscher das Etikett «Milizpolitikerin» oder «Milizpolitiker» als halbwegs vertretbar.

Null Prozent Miliz: Ist das schlimm?

Null Prozent Miliz im Ständerat. Zehn Prozent im Nationalrat. Ist das schlimm?

Die Milizdemokratie dient unter der Bundeshauskuppel weiterhin als moralische Leitplanke.



Dass sich die nationale Politik stetig vom milizdemokratischen Idealbild entfernt, weckt zumindest Ängste und Argwohn – vor allem des Geldes wegen. Weil politische Laufbahnen in Bern kein Feierabendvergnügen mehr sind, sondern hochanspruchsvolle, existenzsichernde Jobs, steigen die in den Wahlkampf investierten Summen. Ambitiöse Kandidatinnen und Kandidaten investieren – je nach Kanton – in ihre persönlichen Wahlkämpfe längst schon Zehntausende von Franken. Einzelne Kantonalparteien verlangen allein schon für die gute Platzierung auf der Wahlliste Beträge von bis zu 40 000 Franken. Tim Frey, Generalsekretär der CVP, beteuerte gegenüber der «Schweizer Revue», wer beispielsweise im Kanton Zürich nicht mindestens 50 000 bis 100 000 Franken in den Wahlkampf investiere, sei «von Anfang an eine Listenleiche – nicht einmal ein Listenfüller». Laut Schätzungen politischer Beobachter dürften im Vorfeld der diesjährigen National- und Ständeratswahl insgesamt an die 100 Millionen Franken aufgewendet werden. 2007 waren es noch rund 50 Millionen. Die rapide steigende Summe nährt die Befürchtung – man mag sie je nach Standpunkt auch Unterstellung nennen –, die Politisierenden gerieten in immer stärkere Abhängigkeit kapitalkräftiger Interessengruppen.

Per Initiative zu mehr Transparenz?

Die Milizdemokratie dient aber unter der Bundeshauskuppel weiterhin als moralische Leitplanke. Hin und wieder tritt nämlich das Parlament selber auf die Bremse und heisst Vorstösse gegen die Käuflichkeit der Politik gut. In die Tradition solcher Korrekture

könnte sich die sogenannte Transparenz-Initiative einreihen, für die gegenwärtig Unterschriften gesammelt werden. Die von vornehmlich jüngeren Politikern lancierte Volksinitiative verlangt, dass Mitglieder des National- und des Ständerats alle ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen. Im Fokus stehen die über 2000 Verwaltungsratsmandate, welche die Bundesparlamentarier innehaben. Gegenüber der «Schweizer Revue» sagt der 29-jährige St.Galler Nationalrat Lukas Reimann (SVP), die treibende Kraft hinter der Initiative, man müsse zwingend auf

Gross ist die Erwartungshaltung: Wer «nebenbei» politisiert, kann die Erwartungen oft nicht mehr erfüllen.

die «Mandatsflut» reagieren: «Zu viele Parlamentarier orientieren sich nicht an den Anliegen der Bürger und des Landes, sondern an den Interessen ihrer Geldgeber.» Das Engagement der Lobbyisten wachse, die Druckversuche würden immer dreister. Das sei «ein Stück weit logisch», denn «je mehr der Staat regulieren will, desto zahlreicher werden die Druckversuche», etwa seitens der Banken oder der Gesundheits-, Energie- und Telekommunikationsbranche. Will Reimann mit der Initiative letztlich den Milizgedanken in der Politik retten helfen? «In gewissem Sinne Ja», sagt Reimann. Für ihn sei der Milizpolitiker «kein Mythos», er bleibe «das Ideal». Wer politisiere, könne trotz aller

Professionalisierung dem Milizgedanken folgen, «indem er sich nicht völlig vom Volk entfernt, indem er nicht Teil einer völlig abgekoppelten Elite wird». Die Offenlegung von Nebeneinkünften sei in dieser Hinsicht ein starkes, überfälliges Korrektiv, sagt Reimann und beteuert: «Der Markt der Einflussnahme auf die nationale Politik ist längst ein Milliardenmarkt geworden.»

«Entprofessionalisierung»

Wie sieht ein typischer Vertreter des von Reimann so heftig kritisierten Marktes die Dinge? Kuno Hämisegger, Ökonom auf der Lohnliste der Schweizerischen Bankiervereinigung und einer der profiliertesten Lobbyisten der Schweiz, gibt Reimann immerhin in einem Punkt recht: Der Lobbyingmarkt wachse in der Schweiz tatsächlich «explosiv». Zu den klassischen Lobbyisten geselle sich eine Unzahl «strategischer Berater». Nur sei das alles «kein Problem, solange klar ist, wer wofür steht». Für Reimanns Lösungsansatz hat Hämisegger deshalb «null Verständnis», denn dessen Initiative gehe vom sehr niedrigen, beleidigenden Bild des käuflichen Politikers aus. Dieses Bild sei grundfalsch: Erst dank Lobbyisten würden die Bundespolitiker überhaupt wieder befähigt, auch in hochkomplexen Themen eigenständige und fundierte politische Entscheide zu fällen.

Das heisst also: ohne Lobbyisten keine kompetente Bundespolitik? Hämisegger sagt dazu: Die enorme Verflechtung von Politik und Informationsmarkt sei keine Folge der Professionalisierung der Politik, sondern direkte Folge ihrer «Entprofessionalisierung». Von der Milizdemokratie habe man ursprünglich erwarten dürfen, dass sie alle Bevölkerungs- und Berufsgruppen in die Bundespolitik einbinde und deren Know-how nutze. Für die heutigen «Vollzeitpolitiker» spiele aber das erworbene Wissen aus dem ursprünglichen Beruf immer weniger eine Rolle: «Sie bewegen sich aus ihrem Berufsalltag hinaus, werden «entprofessionalisiert» und finden sich in einem hochkomplexen politischen Alltag wieder, in dem sie sich mit grossem Aufwand das fürs Entscheiden notwendige Wissen aneignen müssen.» Erschwerend sei, dass die wenigsten Politiker selber Lösungen erarbeiteten: «Die wenigsten sind Hersteller von politischen Produkten, sondern primär Verkäufer von politischen Produkten, die sie – vielleicht – punktuell mitbestimmt haben.» Wenn nun Träger von Fachwissen im Austausch mit

FDP UND CVP HALTEN MIT ABSTAND AM MEISTEN MANDATE

Alle Mitglieder des Bundesparlaments halten derzeit gemeinsam 2045 Mandate in Verwaltungsräten oder anderen Leitungsgremien, 15 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Am meisten Mandate hält die FDP-Fraktion – insgesamt 583. Dicht gefolgt wird sie von der CVP/EVP/GLP-Fraktion mit 565 Mandaten. Zusammen hal-

ten die beiden Fraktionen 56 Prozent aller Mandate. Mit diesen Mandaten vertreten FDP und CVP Firmenkapital von insgesamt 11 Milliarden Franken. Das entspricht gemäss einer Studie der Firma Credita 92 Prozent der Kapitalisierung aller Mandate.

Im Nationalrat ist der Spitzenreiter bei den Mandatsträgern Paul-André Roux (CVP): Der Walliser Finanzexperte sitzt in sage und schreibe 58 Gremien.

Im Ständerat führt der Zürcher Felix Gutzwiller (FDP) mit 24 Mandaten die Rangliste der Vielbeschäftigten an.

Doch Mandat ist nicht gleich Mandat: Der Bundespolitiker, der am meisten Kapital vertritt, ist laut der Studie von Credita der Walliser Ständerat Jean-René Fournier (CVP). Mit seinen «nur» elf Mandaten vertritt er Firmen mit einem Kapital von 4,7 Milliarden Franken. (MUL)

Politikern ihr Wissen – und ihre Interessen – teilen, dann nenne man dies zwar Lobbying, aber das sei «überhaupt nicht das Gegenteil von Transparenz». Und das Fazit des Lobbyisten: «Die Milizdemokratie ist vermutlich auf dem Weg zum Mythos.» Aber die «höchst populistische» Transparenz-Initiative schütze kein einziges, hehres Ideal: Wer Politikerin-nen und Politiker zu einem «Dauerstriptease» zwinge, schrecke «die Normalen» erst recht vom Einstieg in die Politik ab und überlasse das Feld «den Freaks, Populisten und Narzissten».

Heisst «jung» immer auch «besser»?

Reimann, seit seiner Wahl in den Nationalrat der Ratsjüngste, empfiehlt übrigens, als Beitrag «gegen verfilzte Politik» vermehrt junge Politikerinnen und Politiker zu wählen. Die Jungen sässen anders als «die alten Politfuchse» nicht in Dutzenden von Verwaltungsräten und folgten eher ihren politi-

schen Idealen. Gleichzeitig seien die Jungen aber untervertreten. Sind es also die Jungen, die mit ihrer Frische und ihrer Unverdorbenheit ein paar zentrale milizpolitische Grundsätze in die Neuzeit hinüberretten helfen? Nationalrätin Evi Allemann von der

Berner SP, sie war bis zu Reimanns Wahl die Ratsjüngste, sieht es anders: Just die Jüngsten seien in aller Regel gar keine «Milizler», sondern fokussierten sich voll aufs politische Mandat. Zwar sagt auch Allemann, die Jungen seien

«in der Tendenz unabhängiger, weil sie in weniger Verwaltungsräten sitzen». Die finanziellen Verflechtungen seien also geringer. Ansonsten gelte aber: «Gerade unter den jungen Nationalrätinnen und -räten gibt es überdurchschnittlich viele, die keine klassischen Milizpolitikerinnen und -politiker sind.» Wer heute in der nationalen Politik mitmischen wolle, müsse seine politische Arbeit sehr professionell ausgestalten und finde daneben «kaum ernsthaft Zeit für die Aus-

übung regelmässiger Berufsbearbeitung, die nichts mit dem Mandat zu tun hat».

Ein Meer von Milizlern?

Milizdemokratie als blosser Mythos? Schärfere Transparenzregeln, um das eine oder andere Kernanliegen der Milizdemokratie zu retten? Bei der Debatte zu diesen Fragen sei darauf hingewiesen, dass der Alltag in der Schweiz – jener jenseits der Politik – von Milizarbeit geprägt wird wie in keinem anderen Land. Zusätzlich zu jenen, die ihre Feierabende der Politik widmen, übernehmen Hunderttausende in Vereinen ein freiwilliges gesellschaftliches Engagement. Die Dichte an Vereinen in der Schweiz sucht ihresgleichen. Es sind – genaue Zahlen existieren nicht – sicher über 300 000. Rund die Hälfte der Wohnbevölkerung macht in irgendeiner Vereinigung mit. Jede vierte Person leistet Freiwilligenarbeit für eine Institution. Eine so hohe Vereinsdichte und ein so weit reichendes freiwilliges Engagement gelten gemeinhin als Indizien für die hohe Selbstorganisationsfähigkeit – und Miliztauglichkeit – einer Gesellschaft.

Zu viele Parlamentarier orientieren sich nicht an den Anliegen der Bürger, sondern an den Interessen ihrer Geldgeber.

